

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Liberale Politik für den Main-Kinzig-Kreis

Wahlprogramm der FDP Main-Kinzig für die Legislaturperiode 2006 bis 2011

Beschlossen auf dem Kreisparteitag der FDP Main-Kinzig
am 28. Januar 2006 in Gelnhausen

1	Inhaltsverzeichnis	
2	1. Die FDP will eine Neuausrichtung der Kreispolitik nach der Stagnation der	
3	Großen Koalition.....	3
4	2. Den Kreis in seinem jetzigen Zuschnitt erhalten	5
5	3. Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik	6
6	3.1. Konsolidierung des Haushaltes.....	6
7	3.2. Langfristige Sicherung der Kreiseinnahmen	6
8	3.3. Schwerpunkte kommunaler Wirtschaftsförderung	6
9	3.4. Förderung des lokalen Handwerkes.....	6
10	3.5. Dienstleistung der Öffentlichen Hand.....	6
11	3.6. Sparsame Verwaltung	6
12	3.7. Zukunft der Sparkassen im Kreis	6
13	4. Wohnen und Verkehr	6
14	4.1. Regionalentwicklung für und mit den Bürgern.....	6
15	4.2. Sicherung des Straßennetzes	6
16	4.3. Entlastung vom Durchgangsverkehr	6
17	4.4. Verbesserung des ÖPNV	6
18	4.5. Ausbau der überregionalen Verkehrsverbindungen	6
19	5. Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik	6
20	5.3. Ausbildungsplätze und Arbeitslosigkeit	6
21	5.4. Gesundheitspolitik.....	6
22	5.5. Integrationspolitik	6
23	6. Schul-, Bildungs- und Kulturpolitik.....	6
24	6.1. Entwicklungsplanung.....	6
25	6.2. Kulturförderung	6
26	7. Freizeit, Erholung und Sport.....	6
27	8. Umwelt	6
28	9. Ver- und Entsorgung	6
29	9.1. Wasserwirtschaft.....	6
30	9.2. Abfallwirtschaft	6
31	10. Sicherheit.....	6
32		

1. Die FDP will eine Neuausrichtung der Kreispolitik nach der Stagnation der Großen Koalition

Die FDP Main-Kinzig will als innovative Kraft im Kreistag zur weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Menschen im gesamten Kreis beitragen. Dazu ist ein grundsätzlicher Politikwandel erforderlich, weg von der Verwaltung des Status Quo hin zu einer gezielten Förderung der Chancen des Kreises und Bewältigung der Risiken. Mit ihren kompetenten Kandidaten und dem Sachverstand ihrer kommunalpolitischen Erfahrung im Kreis und in den Kommunen bietet die FDP ein Angebot für alle Bürger.

In der vergangenen Legislaturperiode hat die FDP-Kreistagsfraktion mit zahlreichen Initiativen Sachverstand bewiesen.

Diese konstruktive politische Arbeit will die FDP auch in der neuen Legislaturperiode für die Bürger im Kreis fortsetzen.

Ziel der FDP bei der Kreistagswahl 2006 ist es darüber hinaus, die Stagnation in der Kreispolitik durch die Große Koalition von CDU und SPD durch eine handlungsfähige Koalition der Mitte zu überwinden, in der sie maßgeblich mit gestalten kann.

Eine Koalition der Mitte ist für die FDP kein Selbstzweck, sondern zwingende Notwendigkeit um im Main-Kinzig-Kreis die vielfältige Chancen zu nutzen und die großen Herausforderungen zu meistern. In den letzten Jahren haben SPD und CDU nur noch den kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht und ihre Unbeweglichkeit verwaltet. Die FDP will die verfehlte Politik der vergangenen Jahre korrigieren:

- Die FDP wird sich für eine grundsätzliche und dauerhafte Konsolidierung des Kreishaushaltes einsetzen. Weder CDU noch SPD haben mit konkreten Ansätzen aufgezeigt, wie die Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann. Statt zu sparen wird die Kreisumlage erhöht und damit den Gemeinden im Kreis die finanzielle Luft abgedreht.
- Die FDP möchte politische Sachentscheidungen in den Mittelpunkt des Handelns rücken. Die Große Koalition hat durch die Konzentration auf die gegenseitige Zuordnung von Ämtern und Positionen die eigentlichen Aufgaben der Politik aus den Augen verloren. Statt die Interessen der Bürger zu wahren und zu fördern, wird eine Gefälligkeitpolitik betrieben. Die anstehenden Aufgaben werden ignoriert, die Zukunft der Region ist gefährdet. Diesen Stillstand will die FDP beseitigen.
- Die FDP möchte qualifiziertes Personal an der Spitze der Kreisverwaltung wirken lassen. Bei der Dezernentenwahl stand die Qualifikation der Bewerber nicht im Mittelpunkt. Vielmehr wurden unter machtpolitischen Gesichtspunkten einfach Kandidaten aus dem Hut gezaubert.
- Die FDP setzt sich für eine effektive und ergebnisorientierte Wirtschaftsförderung ein. Die Wirtschaftsförderung im Kreis ist zu einem Selbstdarstellungsprojekt für die hauptamtlichen Mitglieder des Kreisausschusses gekommen. Diese Schwerpunktsetzung will die FDP korrigieren.
- Die FDP steht für Klarheit auch bei schwierigen Fragestellungen und Infrastrukturentwicklungen. Die Große Koalition erklärt immer wieder welche Bedeutung der Frankfurter Flughafen für die Arbeitsplätze im Kreis hat und dass sein Ausbau erforderlich ist. Doch statt die Entwicklung des Flughafens zu unterstützen werden hohe Summen an Steuergeldern in Gutachten und Anwaltshonorare gesteckt. Es werden Prozesse geführt, die von vorn herein aussichtslos sind. Die Stellungnahmen in den Genehmigungsverfahren stellen de Facto eine Ablehnung des Ausbaus dar. Diese unlautere Doppelstrategie wird es mit der FDP nicht geben.
- Die FDP wird sich auch künftig für kooperative Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen einsetzen, die die Akzeptanz des Kreises bei den Bürgern erhöht. So stimmten Kreistagsabgeordnete bei CDU und SPD Kreistag für die Erhöhung der Kreisumlage und prangern anschließend als Bürgermeister

1 das Verhalten des Kreises an. Damit wird das Vertrauen der Bürger in die
2 den Kreis vertretenden Abgeordneten zerstört.

3 - Die FDP will die Kreispolitik wieder näher an die Bürger bringen. Durch ihr
4 Verhalten haben CDU und SPD die Bürger immer weiter vom Kreis entfernt.
5 Dass einzelne Kommunen offen über ein Verlassen des Kreises nachdenken
6 ist auch dem Versagen der Großen Koalition geschuldet. Hier wird die FDP
7 versuchen, die Bürger besser über die Kreisarbeit zu informieren und ihnen
8 die Bedeutung des Kreises nahe bringen.

9 Mit einer soliden Politik für die Bürger und „frischem Wind“ kann einer handlungs-
10 fähigen Koalition der Mitte der dringend erforderliche Neuanfang für den Main-
11 Kinzig-Kreis gelingen.

1 2. Den Kreis in seinem jetzigen Zuschnitt erhalten

2 Die Kreise sind unersetzbar, um kommunale Gemeinschaftsaufgaben zu lösen.
3 Wer die Landkreise infrage stellt, muss die Gemeinden für eine Vielzahl von Auf-
4 gaben in Zweckverbänden oder ähnlichen Konstruktionen zusammenschließen.
5 Dies wird häufig zu Überschneidungen und Bevormundungen einzelner Gemeinden
6 führen. Bei der Trägerschaft der Schulen, der Verkehrsorganisationen, der Einrich-
7 tung von Ver- und Entsorgung, dem Hochwasserschutz und vielen anderen Aufga-
8 ben sind die Kreise eine bewährte und leistungsfähige Organisationsform und eine
9 kommunale Kooperationsform, der bisher leider eine ihren aufgaben entsprechen-
10 den sichere Finanzierung fehlt.

11 Die FDP spricht sich ausdrücklich für den Erhalt des Kreises in seinem jetzigen
12 Zuschnitt aus. Die Gestaltung des Kreises in seiner derzeitigen Größe hat sich
13 bewährt. Der Main-Kinzig-Kreis ist seit seiner Gründung 1974 zusammengewach-
14 sen. Durch die Konzentration der Kernbereiche der Kreisverwaltung im neuen
15 Kreishaus in Gelnhausen wird dieser Prozess weiter gefördert.

16 Die kommunale Zusammenarbeit zwischen einzelnen Kommunen, wie sie zw-
17 ischen Maintal und Hanau angestrebt wird, ist im Sinne eines effektiven Einsatzes
18 von Steuergeldern und der Nutzung von Synergiepotentialen zu begrüßen. Die FDP
19 fordert die Ausdehnung dieses Modells auf andere Gemeinden im Kreis und über
20 die Kreisgrenzen hinaus. Die FDP lehnt allerdings Formen der kommunalen Zu-
21 sammenarbeit ab, die das Ziel verfolgen, dass einzelne Kommunen den Kreis ver-
22 lassen sollen.

23 Die FDP spricht sich dafür aus, kommunale Aufgaben verstärkt in Zweckverbänden
24 zusammen zu fassen. Hierzu zählen insbesondere Aufgaben der Ver- und Entsor-
25 gung. In diesen Zweckverbänden sollten auch Nachbarkreise und –städte mit ein-
26 bezogen werden.

27 Die FDP will durch eine geeignete Infrastrukturpolitik dazu beitragen, dass die wirt-
28 schaftliche Entwicklung des gesamten Kreises möglich ist, um eine Zerteilung des
29 Kreises mit einem wirtschaftlich prosperierenden Westkreis und einem als touristi-
30 scher Ausflugspunkt zurückfallenden Ostkreis zu verhindern.

31

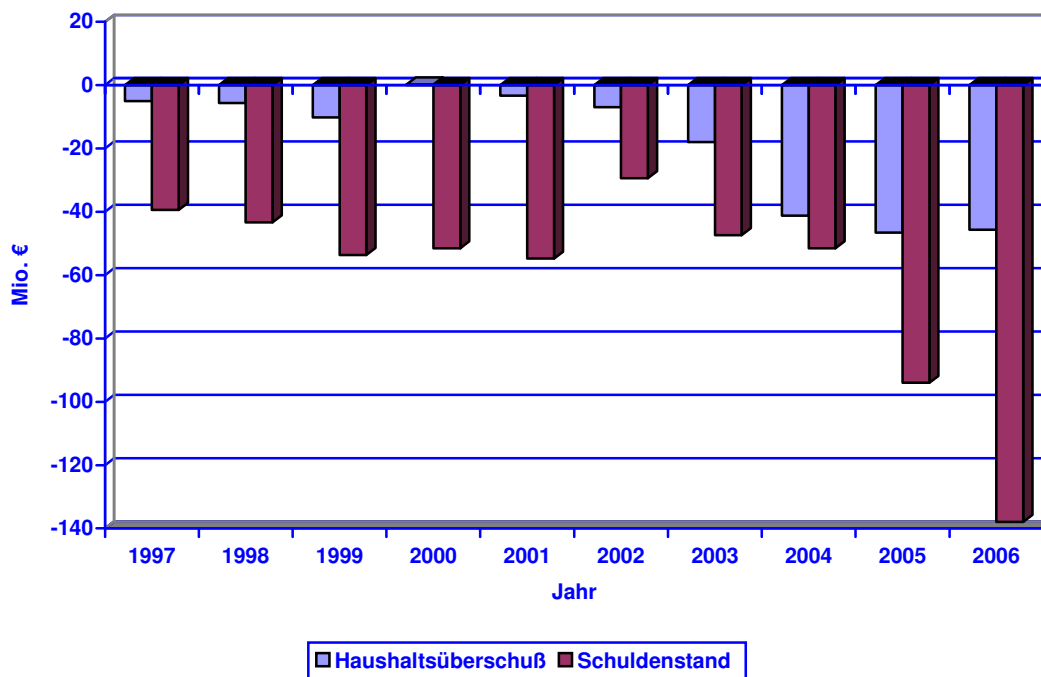
1 3. Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik

2 3.1. Konsolidierung des Haushaltes

3 Der Main-Kinzig-Kreis kann seine ständig wachsenden Aufgaben, z.B. im Bereich
4 Schule, Soziales und Umwelt, nur dann dauerhaft bewältigen, wenn ihm genügend
5 Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die marode Haushaltssituation hat den Kreis in
6 vielen Bereichen bereits langfristig handlungsunfähig gemacht. Die Entwicklung
7 des kumulierten Defizits auf ca. 138 Mio. € im Jahr 2006 ist nicht hinnehmbar. Der
8 Main-Kinzig-Kreis ist ein Sanierungsfall. Zu dieser Misere tragen fremd bestimmte
9 Pflichtaufgaben und Umlagen bei. Aber es fehlt auch am entschiedenen Gegen-
10 steuern der Großen Koalition von CDU und SPD auf der Ausgabenseite.

11 Die beängstigend anwachsende Verschuldung des Main-Kinzig-Kreises ist auch
12 eine Folge der Überfrachtung des Kreises mit Aufgaben, ohne dass dem Kreis die
13 dafür erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt werden. Hält die Entwicklung der
14 Verschuldung unverändert an, ist der Zeitpunkt abzusehen, an dem der Anteil der
15 Haushaltsmittel, die für den Schuldendienst aufgewendet werden müssen, so groß
16 ist, dass selbst für noch so wichtige Aufgaben keinerlei Spielraum mehr besteht.
17 Der Niedergang unserer Region wäre die fatale Folge.

Entwicklung der Verschuldung im Main-Kinzig-Kreis



18
19

20 Durch die von der Großen Koalition rücksichtslos durchgesetzten permanenten
21 Erhöhungen der Umlagen hat der Kreis die kreisangehörigen Kommunen in schwe-
22 re Bedrängnis gebracht. Sämtliche in den Gemeinden erwirtschafteten Einsparun-
23 gen in den Haushalten werden aufgefressen. Der Kreis lebt auf Kosten der Kom-
24 munen! Der Kreis hat aber eine eminente Verantwortung für die Finanzen der Städ-
25 te und Gemeinden, die er nicht vernachlässigen darf. Daher darf es zu keiner wei-
26 teren Erhöhung der Kreis- und Schulumlagen kommen. Vielmehr ist hier eine Ab-
27 senkung geboten, um den Kommunen wieder Spielraum für eigenes Handeln zu
28 geben.

29 Wir Liberalen fordern nachdrücklich eine vernünftige Aufteilung von Aufgaben
30 und Ressourcen im Verhältnis zwischen Kommunen, Kreis und Land. Dafür werden
31 wir uns im Main-Kinzig-Kreis mit Nachdruck einsetzen.

1 Die FDP fordert, alle Möglichkeiten sparsamer Finanzwirtschaft auszuschöpfen.
2 Aufgabenkritik und Ausgabenkürzungen haben Vorrang vor Steuer- und Gebüh-
3 renerhöhungen. Ziel der Aufgabenkritik ist es, das wirtschaftliche Überleben des
4 Kreises sicherzustellen. Die als Kernaufgaben der kommunalen Verwaltung er-
5 kannten Bereiche sind konsequent auf Leistungs- und Qualitätsziele auszurichten
6 und haben sich dem Wettbewerb zu stellen. Die schlanke Verwaltung delegiert die
7 interne Entscheidungs- und Budgetverantwortung von oben nach unten und richtet
8 ein effektives und transparentes Abrechnungs- und Berichtswesen sowie Control-
9 ling ein.

10 Die Folgekosten von Investitionsvorhaben des Main-Kinzig-Kreises sind stärker zu
11 beachten, falsche Personalschwerpunkte zu korrigieren, Sach- und Kapitalkosten
12 sind, so weit es möglich ist, zu reduzieren.

13 In der jetzigen Haushaltssituation ist alles, was nicht zwingend gesetzlich vorge-
14 schrieben ist, freiwillig. Alle freiwilligen Leistungen müssen in Absprache mit den
15 Betroffenen so schnell wie möglich gesenkt werden. Es besteht kein Spielraum
16 mehr für Wohltaten als Leuchttürme politischen Handelns - wir können uns noch
17 nicht einmal vereinzelte Grubenlichter leisten.

18 Wir Liberalen streben für den Main-Kinzig-Kreis einen ausgeglichenen Haushalt
19 und eine Rückführung der Verschuldung an. Voraussetzung hierfür ist jedoch auch,
20 dass die Bundes- und Landesregierung den Kreisen weitere Aufgaben zuweist,
21 ohne zugleich dafür eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Daher werden
22 wir uns dafür einsetzen, dass der Kreis konsequent das Konnexitätsprinzip („Wer
23 bestellt, bezahlt“) anwendet und für jede vom Land übertragene Aufgabe die erfor-
24 derliche Finanzierung einklagt.

25 Die Verwaltung des Main-Kinzig-Kreises muss daraufhin durchforstet werden, wel-
26 che Aufgaben der Kreis auf Grund gesetzlicher Vorgaben erledigen muss. Andere
27 Leistungen wären zwar häufig wünschenswert aber in der jetzigen Haushaltssitua-
28 tion nicht zu leisten. Ebenso muss auch beim Kreis die eingeführte doppelte Buch-
29 führung und daraus folgend die Budgetierung der einzelnen Verwaltungseinheiten
30 konsequent zur Haushaltssicherung genutzt werden.

31 Nachhaltige Einsparmöglichkeiten sind nur durch Strukturveränderungen in der
32 Verwaltung und Reduzierung der Personalkosten möglich. Weitere Ansatzpunkte
33 mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung sieht die FDP in:

34 - Personalumschichtung in der Verwaltung zugunsten der vorrangigen Erfül-
35 lung von Pflichtaufgaben. Dies gilt vor allem für die Führungsebenen. Die
36 Einrichtung neuer Abteilungen, die der Selbstdarstellung der politisch Ver-
37 antwortlichen dienen, ist zu verhindern.

38 - sinnvoller Veräußerung von Kreiseigentum, z.B. nicht genutzter Flächen in
39 den Gemeinden.

40 - scharfer Ausgabenkontrolle in den Eigenbetrieben und wirtschaftlichen Un-
41 ternehmen.

42 - gemeinsamer Nutzung kommunal finanzierter Einrichtungen und Räume
43 entlastet von Investitions- und Folgekosten.

44 - stärkerer Kontrolle der Ausgabenentwicklung des Landeswohlfahrtsverbands
45 und die Beendigung des Missverhältnisses zwischen der Umlage, die der
46 Kreis an den Landeswohlfahrtsverband zu entrichten hat und die durch den
47 Sonderstatus reduzierten Zahlungen Hanaus an den Kreis.

48

49 3.2. Langfristige Sicherung der Kreiseinnahmen

50 Nur eine Klärung der Finanzeinnahmen im Vollzug der Forderungen der FDP-
51 Bundestagsfraktion mit dem Gemeindefinanzierungskonzept kann mittelfristig die
52 finanzielle Not der Gemeinden und Kreise lösen.

53 Die Kreisumlage ist ein fragwürdiges Instrument zur Sicherung der Kreisfinanzen.
54 Die Kreis- und Schulumlage verschlingt im Main-Kinzig-Kreis mehr als die Hälfte

1 der Gemeindeeinnahmen. Da die Bürger diese Belastung nicht unmittelbar erfah-
2 ren, besteht für den Kreis auch kein Anreiz zur Sparsamkeit.

3 Deswegen fordert die FDP seit langem, die Kreisumlage durch eigenständige He-
4 besätze auf Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen. Damit würde eine
5 Finanzpolitik in der Gemeinschaft von Städten, Gemeinden und Kreisen entstehen,
6 die auch leichter auf Transparenz und Sparsamkeit überprüft werden könnte.

7

8 3.3. Schwerpunkte kommunaler Wirtschaftsförderung

9 Der Stellenwert der Wirtschaftsförderung gewinnt gerade in der Zeit großer Arbeits-
10 losigkeit eine immer größere Bedeutung. Die beste Wirtschaftsförderung und damit
11 die Unterstützung der Betriebe und Unternehmungen bei Erweiterung und Neuans-
12 siedlung ist eine klare Bauleitplanung in den Kommunen, Hilfe bei der Suche nach
13 Information der häufig bürgerunfreundlichen Wege der Genehmigungsverfahren.

14 Die FDP ist der Auffassung, dass die klare Durchschaubarkeit der Genehmigungs-
15 verfahren und die überschaubaren Zeitabläufe notwendige Elemente der Wirt-
16 schaftsförderung sind. Für die beabsichtigten Projekte muss die zeitliche Kalkulier-
17 barkeit der Genehmigungsverfahren sichergestellt werden.

18 Der Main-Kinzig-Kreis kann und muss verstärkt die Vorteile seines Standorts in der
19 Rhein-Main-Region nutzen. Mit seiner Lage zwischen der Metropole Frankfurt und
20 den Randbereiche des Ballungsraums - Spessart, Vogelsberg und Rhön - bietet er
21 hervorragende Möglichkeiten, Unternehmen anzusiedeln. Diese können die Infra-
22 struktur des Wirtschaftszentrums Frankfurt nutzen, ohne dass ihnen dafür die ho-
23 hen Kosten der Großstadt entstehen.

24 Bei der Gestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung im Main-Kinzig-Kreis
25 fordert die FDP:

26 - Die vorrangige Ausarbeitung eines Grundkonzepts, das darlegt, wie Stand-
27 ortvorteile geschaffen, ausgebaut und genutzt werden können. Hierzu gehö-
28 ren auch Aspekte der Naherholung und strukturelle Entwicklungen für eine
29 verstärkte Nutzung der modernen Informationstechnik, mit dem Ziel wohn-
30 ortnahe Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen.

31 - Eine ausgewogene Wirtschafts- und Gewerbestruktur durch gleichrangige
32 Förderung von Klein- und Mittelbetrieben zu sichern, um die marktwirtschaft-
33 liche Wettbewerbsstruktur zu gewährleisten.

34 Wirtschaftsförderung im Main-Kinzig-Kreis soll nach Auffassung der FDP vor-
35 rangig:

36 - Gewerbetreibenden – vor allem Klein- und Mittelbetrieben – als Lotse Trans-
37parenz und Hilfestellung bei den immer komplexer und aufwendiger werden-
38 den behördlichen Verfahren geben. Es bleibt dessen ungeachtet ein erklär-
39 tes Ziel liberaler Politik, behördliche Regelungen konsequent auf das unab-
40 dingbare Maß zu reduzieren;

41 - aussagefähiges Material als Hilfestellung für Neuansiedlungen bereitstellen.
42 Dazu gehören Planungsunterlagen mit Lageplänen, Nutzungsbeschreibun-
43 gen, Auflagen, Aussagen über die Infrastruktur, Verkehrsverbindungen etc.
44 sowie ihre Abrufmöglichkeit über das Internet;

45 - neben der Unterstützung bei der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben,
46 auch die Gemeinden bei der vorausschauenden Planung unterstützen, um
47 die Weiterentwicklung bereits ansässiger Unternehmen, z.B. bei der Ausla-
48 gerung von Betrieben aus dem Ortskern oder bei Betriebserweiterung, zu
49 fördern.

50 - Vorschläge erarbeiten, die eine gute Verkehrsanbindung auch für die Gewer-
51 betriebe sicherstellen, die in Randbereichen des Kreises ansässig sind
52 und Anregungen geben, wie der öffentliche Nahverkehr attraktiver gestaltet
53 werden kann. Die Verkehrsverbindungen sind deshalb koordiniert auszubauen
54 und instand zu halten.

1 Wirtschaftsförderung ist für die FDP in erster Linie eine kommunale Struk-
2 turaufgabe, bei der das Standortmarketing im Mittelpunkt steht. Die Wirtschaftsför-
3 derung des Kreises hat den Nachweis erbracht, dass sie diese sinnvollen Ziele
4 nicht erreichen kann. Deshalb ist sie in der derzeitigen Form aufzulösen und durch
5 eine effektiver arbeitende Einrichtung zu ersetzen.

6

7 3.4. Förderung des lokalen Handwerkes

8 Der Kreis muss bei allen zu vergebenden Leistungen die heimische, mittelständi-
9 sche Wirtschaft und das heimische Handwerk bei der Durchführung öffentlicher
10 Aufträge berücksichtigen. Dies umfasst aber auch, dass die Arbeiten von lokalen
11 Unternehmen und nicht ortsfremden Werk- oder Nachunternehmern durchgeführt
12 werden.

13 Soweit als möglich sind Belastungen und Einschränkungen der Liquidität bzw. des
14 Kreditrahmens der Unternehmen durch die Forderung von Vertragserfüllungs- und
15 Gewährleistungsbürgschaften zu vermeiden. Zahlungen müssen zeitnah erfolgen,
16 um ein Gegengewicht zu der sich immer verschlechternden Zahlungsmoral zu
17 schaffen.

18

19 3.5. Dienstleistung der Öffentlichen Hand

20 Die FDP fordert stets eine sorgfältige Überprüfung der Dienstleistungen im Einzel-
21 fall, die von Kreis erbracht werden. Die vom Kreis geleisteten wirtschaftlichen För-
22 derungen der verschiedensten Art sollten immer wieder kritisch überprüft werden.

23 Der Abbau von Bürokratie und die Verwaltungsvereinfachung erfordert auch eine
24 Verringerung der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises. Er soll sich nur dort betä-
25 tigen, wo er die Versorgung der Bürger qualitativ besser und kostengünstiger als
26 ein Privatunternehmer leisten kann oder das Gemeinwohl eine Einrichtung des
27 Kreises gebietet. Die FDP wird daher prüfen, inwieweit Aufgaben, die der Kreis
28 derzeit übernimmt, privatisiert oder in andere Trägerschaft überführt werden kön-
29 nen. Die FDP will keine Privatisierung um jeden Preis, vielmehr sollen das Interes-
30 se des Bürgers und die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, im Vordergrund
31 stehen.

32 Die FDP Main-Kinzig lehnt Scheinprivatisierungen öffentlicher Aufgaben in Privat-
33 gesellschaften, an denen dennoch die Öffentliche Hand alle Anteile hält, ab, weil
34 die Gefahr besteht, dass erhebliche Gelder der Kommunen in Schattenhaushalten
35 verschwinden und die Verschuldung der öffentlichen Hand weiter, jedoch verdeckt
36 und schwerer kontrollierbar, ansteigt. Die Geschäftsführer der kreiseigenen Gesell-
37 schaften sind vom Kreisausschuss anzuhalten, im Kreistag zu berichten.

38 Die Neuordnung unseres Versorgungswesens und hierbei auch die Neuordnung
39 der Energieversorgung, der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung
40 ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Kommunen. Die Hoheit über die Gebüh-
41 renfestsetzung muss bei den Kommunen verbleiben. Wir sind auf dem Wege die
42 kommunalen Anteile des Kreises und der Kommunen an den Versorgungsbetrie-
43 ben zu veräußern, ohne dabei an ein sorgfältiges Kontrollsystem für die Gebühren-
44 entwicklung, Systemerweiterungen, Verstärkungen und Erneuerungen der Systeme
45 zu denken. Wenn mit der Übernahme des neuen Landratsamtes durch den Kreis,
46 weitere Beteiligungen an Versorgungsunternehmen verloren gehen, muss eine
47 sorgfältige Institution mit Kontrollfunktion geschaffen werden. Die FDP im Main –
48 Kinzig – Kreis fordert, dass der Kreis mit seinen übergreifenden Möglichkeiten,
49 Moderator, Berater und sogar Träger der notwendigen Überwachungs- – und Koor-
50 dinierungseinrichtungen wird.

51 Bei jeder Art der Privatisierung öffentlicher Dienstleistung muss die Gebührentwick-
52 lung von der kommunalen Seite kontrollierbar und beeinflussbar bleiben, bzw. wo
53 dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden. Gerade die FDP, die stets für die sozia-
54 le Marktwirtschaft und den fairen Wettbewerb eintritt, steht mit größter Skepsis den
55 sich neu entwickelnden Monopolen gegenüber.

1

2 3.6. Sparsame Verwaltung

3 Die Bürger haben Anspruch auf eine sparsame, schnell und wirksam arbeitende
4 Verwaltung. Dazu ist die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in der
5 Kreisverwaltung erforderlich. Die Verwaltungsabläufe müssen, auch durch ver-
6 stärkten Einsatz der neuen Kommunikationstechniken, weiter rationalisiert werden.
7 Ebenso sollten Mehrfach-Strukturen und -Zuständigkeiten von Kreisverwaltung und
8 Kommunalen Verwaltungen (insbesondere mit der Stadt Hanau) überprüft werden.
9 Es muss das Ziel sein, dass die Bürger möglichst alle Behördenangelegenheiten
10 vor Ort in ihrem Rathaus behandeln können. Überflüssige Verwaltungsleistungen
11 sind abzubauen. Bei allen bereits geleisteten Anstrengungen der Verwaltungs-
12 vereinfachung ist noch ein weiter Weg zu gehen.

13 Öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen und Gebäude werden, gemes-
14 sen an ihren hohen Investitionskosten, oft unzureichend genutzt. Es ist daher zu
15 überprüfen, ob die vorhandenen Einrichtungen sinnvoll zu ergänzen, für andere
16 Funktionen zu öffnen und den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und den Inte-
17ressenten im Sinne einer Mehrfachnutzung zugänglich zu machen sind.

18 Neubesetzungen offener Stellen innerhalb der Verwaltung werden ausschließlich
19 nach Qualifikation und nicht nach Einfluss von Interessengruppen vorgenommen.
20 Nur wenn die Einflussnahme von verschiedenen Gruppen zurückgedrängt wird und
21 bei Stellenausschreibungen nicht von vornherein eine bestimmte Person abgesi-
22 chert wird, fühlen sich wirklich alle qualifizierten Bewerber angesprochen.

23

24 3.7. Zukunft der Sparkassen im Kreis

25 Ein besonderes Problem ist bei der veränderten Wirtschaftssituation auch die Fra-
26 ge der kommunalen Sparkassen. Das Ziel muss die Schaffung engster Kooperati-
27 on über das jeweilige Einzugsgebiet hinaus sein. Das Ziel ist nicht die Fusion um
28 jeden Preis. Ziel muss es sein, dass auch im ländlichen Raum noch ein genügen-
29 des Leistungsangebot gewährleistet wird. Es ist richtig bei der Entwicklung im Be-
30 reich der Geldwirtschaft größere Einheiten anzustreben.

31 Die FDP fordert im Main-Kinzig-Kreis die bestehenden Kooperationen der Sparkas-
32 sen weiter auszubauen. Auch über Fusionen ist nachzudenken. Es gilt dabei darauf
33 zu achten, dass, wenn die Fusion erforderlich wird, diese nicht zu spät erfolgt, son-
34 dern zu einem Zeitpunkt, wo die Partnerschaft im Vordergrund steht und nicht der
35 Starke aus Gnade und Mühe zur Übernahme schreitet. Die bisherige Zusammen-
36 arbeit ist zu stärken und weiter auszubauen. Oberstes Gebot ist die Dienstleistung.

37

1 4. Wohnen und Verkehr

2 4.1. Regionalentwicklung für und mit den Bürgern

3 Die Entwicklungsplanung des Kreises für einen menschlichen Städtebau soll aus
4 liberaler Sicht den Freiheitsraum der Bürger in sozialer Verantwortung erweitern
5 und zugleich die Qualität von Wohnen, Arbeiten und Freizeit in den Gemeinden
6 verbessern, Kommunikation und Erlebnisvielfalt der Bürger fördern und dem Be-
7 wohner die Integration in sein soziales und kulturelles Umfeld erleichtern. Der Kreis
8 soll hier koordinierend mitwirken.

9 Die Regionalentwicklung im Main-Kinzig-Kreis ist gefordert, das Zusammen-
10 wachsen der Gemeinden im Kreis weiter voran zu bringen. Dazu ist, neben guten
11 Verkehrsverbindungen, auch eine Flächenplanung erforderlich, die zu einer Kon-
12 zentration der Gemeindegebiete durch Arrondierung der Siedlungs- bzw. Wohn-
13 gebiete, Mischgebiete, Gewerbegebiete, Industriegebiete und sinnvolle Naturräume
14 und Erholungsgebiete führt. Dabei dürfen die historisch gewachsenen Eigenheiten
15 der Gemeinden aber nicht verloren gehen. Vielmehr kommt es auf ein behutsames
16 Miteinander von Geschichte und Zukunft an.

17 Der Main-Kinzig-Kreis ist Bestandteil der Rhein-Main-Region, die zu den Wachs-
18 tumsregionen Europas gehört. Durch eine kluge Gewerbeansiedlung, ausge-
19 zeichnete Verkehrsanbindungen und ein attraktives Wohnumfeld kann er im Osten
20 von Frankfurt von dieser Lage profitieren und zu einem idealen Standort für Bürger
21 und Unternehmen zwischen Frankfurt, Aschaffenburg und Fulda werden.

22

23 4.2. Sicherung des Straßennetzes

24 Mobilität ist für die FDP Lebensqualität, die dazu beiträgt, die Grundbedürfnisse
25 Wohnen, Arbeiten und Freizeit zu vereinen. Dies schließt auch die Mobilität ein die
26 der motorisierte Individualverkehr bietet. Die Verkehrsplanung des Main – Kinzig -
27 Kreises muss Teil der Regionalentwicklung sein.

28 Die Politik hat anzuerkennen, dass die Bürger das Auto als Verkehrsmittel Nr. 1
29 gewählt haben. Bei fortschreitender Umweltverträglichkeit der Automobile ist das
30 auch aus ökologischer Sicht akzeptabel.

31 Die Verkehrsplanung im Kreis muss als Teil der Regionalentwicklung betrieben
32 werden. Wir wollen, dass der Main-Kinzig-Kreis sich aktiv an der Entwicklung des
33 überregionalen Straßen- und Schienennetzes beteiligt. Hier müssen der Main-
34 Kinzig-Kreis und seine Kommunen im Rahmen des Landesentwicklungsplanes
35 Stellung beziehen.

36 Das vorhandene Straßennetz ist wertvolles Gemeineigentum, das die Bürger mit
37 ihren Steuern finanziert haben und das es zu pflegen und zu erhalten gilt. Es dient
38 nicht nur dem Individualverkehr, sondern ist, besonders im ländlichen Raum, Vor-
39 aussetzung für den ÖPNV. Frühzeitige Wartung und Pflege der Straßen ist für die
40 Sicherheit des Verkehrs unabdingbar und trägt dazu bei, die Lebensdauer der Ver-
41 kehrswege zu verlängern. Mangelhafte Pflege und Unterhaltung des Straßennetzes
42 bedeutet eine permanente Vernichtung von Gemeineigentum. Die FDP fordert da-
43 her, die Straßen ständig so zu unterhalten, dass die Sicherheit gewährleistet ist und
44 eine kostenintensive Grundsanierung so weit wie möglich hinausgeschoben wer-
45 den kann. Dabei darf allerdings nicht das Gefälligkeitsprinzip über die Reihenfolge
46 von Maßnahmen entscheiden, sondern der aktuelle Handlungsbedarf. Ebenfalls
47 sind das Land und der Bund in die Pflicht zu nehmen, die ihnen gehörenden Stra-
48 ßen instand zu halten. Das Einrichten von Geschwindigkeitsbeschränkungen we-
49 gen schlechter Beschaffenheit von Straßen ist nach Auffassung der FDP ein unzu-
50 lässiges Abwälzen von Verantwortung auf die Bürger.

51

52 4.3. Entlastung vom Durchgangsverkehr

53 Wohngebiete und Ortskerne sind vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Wir wollen
54 daher die Nutzung der Ortsumgehungen, Bundesstraßen und der Autobahn stärker

1 fördern. Unser Ziel ist es, auch Erholungsgebiete vor übermäßiger Verkehrsbe-
2 lastung zu schützen.

3 Als vordringliche Maßnahmen gelten für die Liberalen:

4 - Die von den Kommunen bereits geplanten Ortsumgehungen zu genehmigen
5 und deren Finanzierung so bald wie möglich sicher zu stellen. Dies gilt be-
6 sonders für die Ortsumgehungen in Schöneck, Schlüchtern, Freigericht -
7 Hasselroth, Birstein und Rodenbach

8 - Der Ausbau der B 521 und B 45 insbesondere im Raume Nidderau.

9 - Sowie Weiterbau und Fertigstellung des Autobahnzubringers im Sinntal zur
10 Anschlussstelle Bad Brückenau / Wildflecken.

11 - Die Schaffung von Rastplätzen insbesondere auf der Nordseite der BAB A66

12 - Die Schaffung eines Südanschlusses der Limes-Brücke in Hanau/Hainburg
13 an die B 45a als Autobahnzubringer

14 - Der Anschluss der L3195 an die B45 in Bruchköbel

15 - Die ständige Überprüfung der Klassifizierung der Straßen

16

17 4.4. Verbesserung des ÖPNV

18 Verknüpfungen und Qualität des ÖPNV müssen kundenorientierter gestaltet wer-
19 den. Auch für öffentliche Verkehrsbetriebe müssen Wettbewerbskonditionen entwi-
20 ckelt werden, um Kostenbewusstsein und Leistungserbringung flexibler zu gestal-
21 ten. ÖPNV und Individualverkehr sind kein Gegensatz, sondern zwei Seiten einer
22 Medaille. Ein großer Teil des Berufs-, Ausbildungs- und Freizeitverkehrs kann vom
23 ÖPNV abgewickelt werden.

24 Der Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehrs muss fokussiert werden.

25 Die nordmainische S-Bahn zwischen Frankfurt und Hanau ist, nachdem Sie in der
26 aktuellen Vorstudie zum Nordmainischen Korridor als beste Lösung bestätigt wur-
27 de, zügig zu realisieren. Die Sanierung der Nebenstrecken im Kreisgebiet, wie z.B.
28 der Niddertalbahn, muss zu Ende geführt werden und das Fahrplanangebot in Ko-
29 operation mit den Nachbarkreisen ausgebaut werden.

30 Der Busverkehr muss besser untereinander und mit dem Schienenverkehr abge-
31 stimmt werden. Da wo es unter Abwägung von Kosten und Nutzen sinnvoll ist, soll
32 ein integraler Taktfahrplan eingeführt werden, der allerdings kein Dogma sein darf.

33

34 4.5. Ausbau der überregionalen Verkehrsverbindungen

35 Die FDP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die A66 nach Westen in
36 Frankfurt (Riederwaldtunnel) fertig gestellt und auch an die A661 angeschlossen
37 wird. Gleiches gilt für die Verlängerung nach Fulda. Dieses seit langem verzögerte
38 überregionale Straßenbauprojekt ist die bedeutendste Möglichkeit, die Gemeinden
39 und den Kreis an das europäische Fernstraßennetz anzuschließen und von über-
40 flüssigem überregionalen Verkehr zu entlasten.

41 Der Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes der Bahn ist deshalb ein wichtiger
42 Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur. Gleichzeitig wird hierdurch die bereits über-
43 lastete Schienenstrecke durch das Kinzigtal zugunsten des Nah- und Regionalver-
44 kehrs entlastet. Durch eine eigene Trasse für den Fernverkehr wird die Pünktlich-
45 keit der Nahverkehrszüge auf der für die Pendler aus dem Ostteil des Kreises wich-
46 tigen Kinzigtalbahn gesteigert und zeitraubende Überholungsaufenthalte entfallen.
47 Er dient dazu, immer mehr Reisende auf das Verkehrsmittel Eisenbahn umzulen-
48 ken. Die FDP fordert die Bahn auf, im Rahmen eines Raumordnungsverfahrens
49 zügig die geeignete Strecke zu ermitteln. Hierzu unverzichtbar ist auch der künftige
50 Halt der ICEs in Hanau.

51 Der Flughafen Frankfurt ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor im Rhein-Main-
52 Gebiet, von dem auch der Main-Kinzig-Kreis in besonderem Maße profitiert. Die

- 1 FDP Main-Kinzig bekennt sich deshalb zum Ausbau des Frankfurter Flughafens im
- 2 Rahmen des Mediationspaketes. Sie hält die ständigen Klagen des Kreisausschus-
- 3 ses und des Kreistages gegen den Flughafen für eine Verschwendung von Steu-
- 4 ermitteln.

1 5. Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik

2 5.1. Hilfe zur Selbsthilfe

3 Kommunale Sozialpolitik soll staatliche Vorgaben vor Ort ausfüllen und ergänzen.
4 Die FDP setzt als einzige Partei auf die Bürger selbst, auf ihr kreatives Potential,
5 Ihre Leistungsbereitschaft und ihren Willen, das Leben selbstbestimmt zu gestalten.
6

7 Leistungsbereitschaft der Bürger darf nicht durch staatliches Handeln eingeschränkt werden. Deshalb ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik nötig. Liberale Sozialpolitik schafft faire Chancen für jeden Menschen. Sie behandelt die Bürger nicht als Bittsteller, sondern will ihre Eigenständigkeit stärken und sie unterstützen, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen.
8
9
10
11

12 Wer seinen Lebensunterhalt aber durch Krankheit, Langzeitarbeitslosigkeit oder durch andere unverschuldete und persönliche Notlagen nicht selbst bestreiten kann, hat einen gesetzlichen Anspruch auf öffentliche Leistung (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld u.a.). Oberster Grundsatz muss immer sein, dass solche Leistungen Hilfe zur Selbsthilfe sind.
13
14
15
16

17 Wer Leistungen der Solidargemeinschaft erhält, ist jedoch auch verpflichtet, wahrheitsgemäß über seine Bedürftigkeit Auskunft zu geben und hat alles daran zu setzen, wieder auf die eigenen Beine zu kommen. Wer wissentlich falsche Angaben macht und sich Leistungen erschleicht, darf diese nicht mehr erhalten.
18
19
20
21

22 5.2. Sozialpolitik und Hartz IV

23 Die nächste Wahlperiode bis 2011 bietet dem Main-Kinzig-Kreis, wie auch den anderen 12 optierenden Kommunen in Hessen, die Chance zu beweisen, dass die kommunale Trägerschaft zu einem besseren Ergebnis für die Langzeitarbeitslosen führt als die Tätigkeit der Arbeitsagentur.
24
25
26

27 Um den Missbrauch von Sozialleistungen zu reduzieren, aber auch um die wirklich Hilfsbedürftigen vor Verdächtigungen und Diffamierungen zu schützen, setzt sich die FDP auch weiterhin für die Überprüfung von Ansprüchen auf solche Leistungen ein. Die Kontrollen sollen dafür sorgen, dass nur diejenigen soziale Leistungen erhalten, die sie wirklich benötigen.
28
29
30
31

32 Die Zahl der Sozialhilfeempfänger und damit auch die Kosten für diesen Bereich haben sich durch die Einführung des ALG II entsprechend reduziert. Dennoch sind die Kosten immer noch erheblich, so dass sämtliche Maßnahmen daher regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen sind. Mitteleinsatz und Mittelverwendung müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Langfristiges Ziel der FDP ist die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Einführung des Bürgergeldsystems im Sinne einer Zusammenführung von Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierten Sozialleistungen sowie Abbau der verschiedenen Sozialbürokratien und die Zuständigkeit bei den Finanzämtern.
33
34
35
36
37
38
39
40
41

42 5.3. Ausbildungsplätze und Arbeitslosigkeit

43 In Zeiten eines Mangels an qualifizierten Bewerbern für die Ausbildungs- und Arbeitsplätze unterstützt die FDP Main-Kinzig Initiativen des Kreises, in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, den Betrieben und den Schulen, um verstärkt Arbeitssuchenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz oder die Teilnahme an berufsqualifizierenden Maßnahmen zu vermitteln. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein qualifizierter Hauptschulabschluss, der eine Berufsausbildung ermöglicht.
44
45
46
47
48
49

50 Der Main-Kinzig-Kreis sollte das Konzept eines "Ausbildungsverbundes" fördern, um vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe vermehrt die Möglichkeit zu schaffen, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und für höherwertige Tätigkeiten weiter zu qualifizieren.
51
52
53

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

5.4. Gesundheitspolitik

In den Krankenhäusern des Main-Kinzig-Kreises gilt es alle Möglichkeiten auszuschöpfen, auf der einen Seite die Kosten zu senken auf der anderen Seite das hohe Qualitätsniveau aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die FDP will deshalb eine enge Kooperation zwischen den kreiseigenen Main – Kinzig – Kliniken und den Krankenhäusern der Stadt Hanau. Wir streben eine gemeinsame betriebswirtschaftliche Führung besonders in den Bereichen Personaleinsatz, Reinigung, Instandhaltung, Küche und Einkauf an. Dann gibt es in diesem Verbund auch eine Zukunft für kleine Krankenhäuser. Insbesondere sollte das Leistungsangebot zwischen den Häusern abgestimmt werden, wo sinnvoll und notwendig auch kreisübergreifend. Wir streben im Verbund der Kliniken eine möglichst umfassendes, effizientes Angebot an Krankenhausleistungen für die Bevölkerung unseres Kreises an.

Der Prävention kommt eine wichtige Bedeutung zu. Die FDP unterstützt deshalb Suchtberatungseinrichtungen und Selbsthilfegruppen. Gerade im Drogen-, Alkohol-, Nikotin-, Ernährungs- und Tablettenmissbrauch sieht die FDP eine zunehmende Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung, der es vorzubeugen gilt.

5.5. Integrationspolitik

Ausländer, die legal in Deutschland leben, sollen die gleichen Lebensbedingungen erfahren, die auch für deutsche Bürger gelten. Dies sollte auch im Main-Kinzig-Kreis sicherzustellen sein. Ausländer und ihre Familien sollen durch Integrationsmaßnahmen in ihre Umwelt eingegliedert werden. Zu diesem Zweck sind ihnen gezielte Informationen in der jeweiligen Landessprache zukommen zu lassen, die sie über ihre sozialen und sonstigen Rechte und Pflichten sowie über die Lebensbedingungen in ihrer Gemeinde aufklären.

Da Sprachkompetenz langfristig über Erfolg und Misserfolg in Ausbildung und Beruf und damit über die Lebens- und Integrationschancen der hier lebenden Ausländer entscheidet, hat der Spracherwerb und die Teilnahme am hessischen Bildungssystem frühzeitig ab dem Kindergartenalter einzusetzen.

Der Erwerb der deutschen Sprachkompetenz ist deshalb eine zwingende Bedingung für den langfristigen Erfolg von Ausländern in Ausbildung und Beruf.

Für ausländische Kinder sind im vorschulischen Bereich sowie an allen Schulformen ausreichende Fördermaßnahmen zu schaffen und private Initiativen zu fördern, damit diese Kinder Sprachbarrieren rechtzeitig überwinden. Nur so können sie die für ihre Zukunft wichtigen Qualifikationen erreichen und die Möglichkeiten der Integration wahrnehmen. Eine verpflichtende Teilnahme am gemeinsamen Schulunterricht ist nur möglich, wenn die Schüler die deutsche Sprache im dafür erforderlichen Maße beherrschen.

1 6. Schul-, Bildungs- und Kulturpolitik

2 6.1. Entwicklungsplanung

3 Das wertvollste Startkapital für junge Menschen ist eine gute, umfassende Bildung.
4 Damit ist nicht nur das für den Start in ein erfolgreiches Berufsleben nötige Fach-
5 wissen gemeint, sondern auch Werteorientierung, Sozialverhalten und die Befähig-
6 ung für selbständiges lebenslanges Lernen.

7 Die FDP fordert, dass der Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau eine gemeinsa-
8 me, langfristige Entwicklungsplanung im Schul- und Bildungsbereich aufstellen und
9 kontinuierlich fortschreiben.

10 Eltern sollen auch künftig im Main-Kinzig-Kreis die Möglichkeit haben, eine pass-
11 genaue Schule für die Begabungen ihres Kindes auszusuchen. Durch Schulvielfalt
12 ist die Bildungsvielfalt gewährleistet und wird die Förderung der individuellen Bil-
13 dung für alle Kinder nach Neigung und Begabung unterstützt. Die unterschiedli-
14 chen Schulformen müssen jedoch gewährleisten, dass alle Schulabgänger ihrem
15 Bildungsgang entsprechend einen vergleichbaren Wissenstand aufweisen.

16 Einheitlich definierte Bildungsstandards sind dabei unumgänglich.

17 Die FDP setzt sich dafür ein, dass das vielfältige Angebot an Schulformen weiterhin
18 Bestand hat. Dies schließt eine Hochbegabtenförderung ebenso ein wie unterstüt-
19 zende Angebote für schwache Schüler an Regelschulen.

20 Die Einrichtung von bedarfsorientierten Ganztagsangeboten im Main-Kinzig-Kreis
21 muss verstärkt ausgeweitet werden. Die Kreativität zahlreicher Schulen auf der
22 Angebotsseite und die Bedarfsnachfrage auf Eltern- und Schülerseite haben die
23 Erwartungen übertroffen. Dabei geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie
24 und Beruf, nach der demografischen Entwicklung allein schon ein Grund, sondern
25 es geht auch – vor allem in städtischen Bereichen – um die Vernachlässigung der
26 Kinder außerhalb der Schule.

27 Kooperationen zwischen Kindergärten und Grundschulen sowie zwischen Grund-
28 schulen und weiterführenden Schulen (gegenseitige Besuche) sollten intensiviert
29 und seitens des örtlichen Schulträgers (Kreis) unterstützt werden.

30 Die im Qualitätssicherungsgesetz eingeführten Richtwerte für Schulklassen sind
31 zwar der richtige Weg, bedeuten aber das Aus für manche gut arbeitende Schule.
32 Ob eine Schule eine effektive Größe hat, richtet sich in erster Linie nach den regio-
33 nalen Gegebenheiten und nach der Entwicklung der Schülerzahlen in der Region.
34 Die vom Kultusministerium vorgegebenen zahlen sind als Planungsinstrument zu
35 unflexibel. Die FDP spricht sich deshalb für die Einführung von Regionalkonferen-
36 zen des Schulträgers mit den Schulen und dem Staatlichen Schulamt aus, die
37 schulträgerübergreifende Lösungen für ein differenziertes und wohnortnahes
38 Schulangebot erarbeiten sollen.

39 Das ehrenamtliche Engagement von Eltern, Lehrern, Ehemaligen in Fördervereinen
40 ist stärker zu fördern, um z.B. auch kleine Baumaßnahmen (Schulhofgestaltung
41 etc.) schneller umzusetzen. Dazu zählt auch, den Schulen mittels einer adäquaten
42 Budgetierung (Zusammenfassung der Mittel von Land und Kreis) die Möglichkeit zu
43 geben, selbständig zu handeln.

44 Die bestehende Schulvielfalt (d.h. verschiedene Schulmodelle) soll weiterhin er-
45 möglicht und unterstützt werden.

46 So sind auch Privatschulen eine grundsätzliche Bereicherung des Schulangebotes
47 und damit ein wichtiger Standortfaktor im Kreis

48 Im Grundschulbereich spricht sich die FDP für ein bedarfsorientiertes ganztägiges
49 Betreuungsangebot aus. Eine verpflichtende Ganztagschule wird abgelehnt, da
50 der Staat nicht die Arbeit der Eltern ersetzen kann und soll.

51 Für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung müssen Fördermöglichkeiten je
52 nach individuellem Handicap und Entwicklungsstand angeboten werden. Der Kreis
53 verfügt über ein Angebot an Förderschulen, die eine bestmöglich individuelle För-

1 derung behinderter Kinder durch qualifiziertes Personal und gute sächliche Ausstat-
2 tung garantieren. Dies wird von der FDP ausdrücklich befürwortet.

3 Für die Gymnasien im Kreis sind unterschiedliche Profile (sprach-
4 lich/naturwissenschaftlich/musisch) notwendig. Die dafür erforderliche Ausstattung
5 der Schulen ist vom Schulträger aktiv zu unterstützen.

6 Im Hinblick auf sämtliche Schulformen, insbesondere aber der beruflichen Schulen
7 unterstützt die FDP jegliche Form der Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtung,
8 anderen Bildungsträgern sowie der Privatwirtschaft (Praktika, „Patenschaften“).

9 Nach Vorstellung der FDP ist mittelfristig die Privatisierung der Volkshochschule im
10 Kreis anzustreben.

11 Die FDP setzt sich für ein umfassendes Konzept vorschulischer Bildung im Sinne
12 der Kinderschule ein. Dazu gehören verbindliche Bildungsziele in den Kindergärten
13 und ein verpflichtendes Vorschuljahr für alle fünfjährigen Kinder.

14 In der Kinderschule sollen besondere Begabungen, aber auch Wissens- und Ent-
15 wicklungsrückstände der Kinder erkannt werden und durch individuelle Förderung
16 möglichst gleiche Startchancen für alle Kinder bei der Einschulung erreicht werden.
17 Dies ist die beste Ausgangsperspektive für eine erfolgreiche Schullaufbahn und die
18 notwendige Grundlage für ein sicheres Durchlaufen der weiterführenden Bildungs-
19 gänge nach Neigung und Begabung bis zu einem Abitur bereits nach 12 Jahren.

20 Die einzelne Schule vor Ort kann am besten beurteilen, welche Lernangebote für
21 ihre Schülerinnen und Schüler wirklich geeignet sind. Sie muss sich in Pflichtunter-
22 richt und freiwilligen Angeboten ihren Kindern anpassen und sich für das Umfeld
23 öffnen können.

24 Um das zu erreichen brauchen Schulen die Möglichkeit einer eigenen Haushalts-
25 führung. Sie sollen die Entscheidung über eine Investition in mehr Sachmittel oder
26 mehr Hilfspersonal eigenständig fällen können. Alle bisherigen Zuschüsse von
27 Schulträger und Kultusministerium fließen als Einnahmen in den schulischen
28 Haushalt. Diese eigenverantwortliche Budgetverwaltung ermöglicht den Schulen
29 eine bedarfsgerechte Personalentwicklung sowie eine vielfältige flexible Schul- und
30 Unterrichtsorganisation.

31

32 6.2. Kulturförderung

33 Die FDP steht in der Kulturpolitik für Vielfalt, Offenheit und Wettbewerb. Im Kreis
34 wird die Kulturarbeit hauptsächlich von Bürgern getragen, die in Vereinen und Initia-
35 tiven ehrenamtlich das vielfältige kulturelle Leben im Kreis gestalten. Sie sind dabei
36 auf Hilfe und Förderung durch Kommunen und Kreis angewiesen. Der Kreis muss
37 neben seinen eigenen Initiativen, wie Kulturpreis und Kultursommer, weiter die
38 interkommunale Zusammenarbeit fördern und die Kommunen und Initiativen koor-
39 dinierend bei ihren Aktivitäten und bei der Suche nach Sponsoren unterstützen.
40 Das kulturelle Angebot trägt in hohem Maße dazu bei, die gemeinsame Identität der
41 Bürger im Kreis zu stärken. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Der Main-Kinzig-
42 Kreis hat hier gute Chancen im Wettbewerb innerhalb und außerhalb der Region
43 und bedarf deshalb weiter starker Unterstützung.

44

45 Einen Kulturzwangsverband Frankfurt Rhein-Main lehnt die FDP ab.

46

1 7. Freizeit, Erholung und Sport

2 Menschen brauchen die Freiheit sich zu entfalten. Die FDP fordert die Förderung
3 von künstlerischer oder sportlicher Betätigung, der Freizeit und Naherholung, so-
4 weit es die Haushaltssituation zulässt. Hier kann vor allem eine geeignete Unter-
5 stützung durch die Verwaltung oft mehr bewirken, als finanzielle Leistungen.

6 Die FDP fordert eine enge Kooperation des Kreises mit den Kommunen auf dem
7 Gebiet der Gestaltung des Freizeit-, Erholungs-, Kultur- und Sportgeschehens eine
8 enge Kooperation und einen Wettbewerb. Dieser darf aber nur zur Verbesserung
9 der Angebote für den Bürger und nicht zur politischer Besserwisserei und Selbst-
10 darstellung Einzelner führen darf.

11

12

1 8. Umwelt

2 Der Umweltschutz stellt keinen Gegensatz zu einer langfristigen Wirtschafts-,
3 Agrar- und Strukturpolitik dar. Er ist vielmehr notwendige Ergänzung und langfristi-
4 ge Voraussetzung.

5 Bei Eingriffen in den Naturhaushalt sind sinnvolle und ausgewogene Ausgleichs-
6 maßnahmen zu ergreifen, die auch den Bedürfnissen von Natur und Umwelt ge-
7 recht werden.

8 Eine ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur
9 Erhaltung der Kulturlandschaft und ihres Erholungswertes. Deshalb ist eine Boden-
10 bewirtschaftung dort zu gewährleisten, wo ein öffentliches Interesse an der Pflege
11 und der Offenhaltung von Flächen besteht, wenn diese aus der landwirtschaftlichen
12 Produktion ausscheiden. (Grundwasserneubildung)

13 Der Kreis mit seinen wertvollen Naturräumen muss durch Zusammenarbeit mit den
14 Städten und Gemeinden eine in sich geschlossene Planungskonzeption erreichen.
15 Die FDP unterstützt die Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes dann,
16 wenn diese im engsten Einvernehmen mit dem Eigentümer und Nutzer der betrof-
17 fenen Flächen erfolgen. Einrichtungen in Schutzgebieten, die Bestandsschutz ge-
18 nießen, muss die Möglichkeit zur Weiterentwicklung gestattet bleiben, wenn dies
19 nicht im Widerspruch zum Schutzziel steht.

20 Die FDP fordert:

21 - Die Aufstellung eines Umweltkatasters für den gesamten Kreis mit allen rele-
22 vanten Daten in Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Fachverbän-
23 den. Dabei muss die landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzung
24 gleichrangig mit Natur und Landschaftsschutz gesehen werden,

25 - Entwicklung und Durchführung eines geschlossenen Hochwasserschutzkon-
26 zeptes für den gesamten Main-Kinzig-Kreis.

27 - Die Prüfung von kommunalen Satzungen, Steuern und Gebühren hinsichtlich
28 ihrer Auswirkungen auf das Umweltverhalten der Bürger.

29 Die FDP unterstützt die kommunalen und privaten Maßnahmen im Rahmen der
30 Agenda 21 Die FDP fordert eine kreisweite Verzahnung aller Agenda 21 Aktivitäten.

31 Der Lärmschutz hat für das Wohlbefinden der Bürger eine hohe Bedeutung. Es ist
32 eine Aufgabe der Planung im Kreis, darauf zu achten, dass bei der Erstellung Lärm
33 verursachender Einrichtungen ein ausreichender Lärmschutz vorzusehen ist. Hier-
34 zu kann auch die Erstellung von Lärminderungsplänen dienen.

35

1 9. Ver- und Entsorgung

2 9.1. Wasserwirtschaft

3 Grundwasser und Oberflächengewässer müssen zur Sicherung des Trinkwassers
4 geschützt werden. Der Main-Kinzig-Kreis muss ein Wassersicherungsprogramm
5 und einen Abwasserbeseitigungsplan in Abstimmung mit den Städten, Gemeinden
6 und Zweckverbänden entwickeln.

7 In dünn besiedelten Gebieten ist, die Schaffung von Kleinkläranlagen zu prüfen. Die
8 Rückhaltung und Sammlung von Regen- bzw. Oberflächenwasser kann der plötzli-
9 chen Hochwasserbildung vorbeugen. ,

10 Die FDP unterstützt die Maßnahmen des Kreises zur grundwasserschonenden
11 Bodenbewirtschaftung und setzt sich für die Fortsetzung der Beratung der Landwir-
12 te beim Grundwasserschutz ein.

13 Die Renaturierung von Gräben und Bachläufen sowie Rückhaltemaßnahmen zur
14 Steuerung der Niedrig- und Hochwassermenge sind sinnvolle Ergänzungen zu
15 notwendigen Eindeichungsmaßnahmen in unseren Ortslagen mit hoher Hochwas-
16 sergefährdung.

17

18 9.2. Abfallwirtschaft

19 Die Abfallmengen haben, durch frühzeitigen Einstieg des Kreises in die Getrennt-
20 sammlung und Aussonderung wieder verwertbarer Anteile, im Main-Kinzig-Kreis
21 ein niedriges, stabiles Niveau erreicht. Auch Maßnahmen wie das Duale System
22 und das Kreislaufwirtschaftsgesetz haben die Wiederverwertungsquoten erhöht.
23 Die FDP bevorzugt in der Abfallwirtschaft privatrechtliche Lösungen. Dabei gilt es
24 jedoch, monopolistische Strukturen wie das Duale System, durch Zulassung von
25 Wettbewerb zu überwinden.

26 Die kommunalen Betriebe und Kreisbehörden sollen in ihrem Wirtschaften auf die
27 Vermeidung von Abfall wert legen und sparsam mit Rohstoffen umgehen. Die
28 Sammelstellen der Kommune für Batterien, Medikamente, Kompostabfälle und
29 Kleinmengen bei Sonderabfall und ein ausreichendes Containernetz für Glas, Pa-
30 pier und Metalle unterstützen die Bemühungen, den Schadstoffeintrag in Deponien
31 zu reduzieren und das Recycling zu fördern.

32 Im Kreisgebiet gibt es einige Altablagerungen, die es zu sanieren gilt. Hierbei gilt
33 es, die Gefahren durch Schadstoffeintrag in das Grundwasser zu beseitigen und
34 die Gelände wieder nutzbar zu machen. Da die Beseitigung dieser Altlasten vom
35 Kreis und den Kommunen alleine nicht zu finanzieren sind, muss eine Unterstüt-
36 zung durch die Wirtschaft sowie Bund und Land gesucht und gefordert werden.

37

38

1 10. Sicherheit

2 Die FDP will, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger vor Ort sicher fühlen; in
3 ihrem Wohnumfeld, auf den Straßen, in den Grünanlagen. Das ist eine grundle-
4 gende Voraussetzung für eine freie Bürgergemeinschaft. Denn wer sich in seiner
5 Gemeinde nicht sicher und wohl fühlt, wird nicht für sie eintreten. Wir wissen auch,
6 dass das Ziel der Sicherheit vor Ort nicht ohne die Mithilfe aller zu erreichen ist.
7 Das schließt die Bürger mit ein.

8 Für Liberale heißt es: Hinsehen statt wegschauen! Der demokratische Grundsatz,
9 sich „einzumischen in die eigenen Angelegenheiten“, hat hier allerhöchste Bedeu-
10 tung. Wir alle müssen selbst wieder mehr Verantwortung übernehmen, aufmerk-
11 sam sein gegenüber dem Nachbarn - und nicht gleichgültig.

12 Zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung gehört die Integration von Kindern und
13 Jugendlichen - insbesondere von Zuwanderern - in die Gesellschaft. Für Liberale
14 hat deshalb die Integrations- und Jugendpolitik vor Ort hohe Priorität.

15 Der Main-Kinzig-Kreis muss sich dafür engagieren, eine personelle Verstärkung
16 der Schutzpolizei im Kreis zu erreichen. Gerade die Reform der Polizei durch die
17 Landesregierung bietet hierfür neue Möglichkeiten, die Präsenz vor Ort zu stärken.
18 Der Kreis, vor allem im Bereich Maintal und Hanau, leidet zunehmend unter der
19 aus Frankfurt verlagerten Kriminalität. Die FDP setzt sich nachdrücklich für den
20 Erhalt der Polizeistationen und -posten im Main-Kinzig-Kreis ein.

21 Im Zusammenhang mit dem Neubau des Polizeipräsidiums Südosthessen, das
22 auch für den Main-Kinzig-Kreis zuständig ist, setzt sich die FDP nachhaltig für den
23 bestens geeigneten Standort Hanau ein. Nicht nur, dass schon jetzt wesentliche
24 und zentrale Organisationseinheiten des PP Südosthessen in Hanau angesiedelt
25 sind, sondern auch und gerade deshalb, da Hanau beste Voraussetzungen infra-
26 struktureller Art bietet. Außerdem bestehen durch den Umzug der kompletten
27 Kreisverwaltung nach Gelnhausen, der ehemaligen Polizeikaserne der Bereit-
28 schaftspolizei im Lamboy sowie weiterer ehemaliger Liegenschaften der US-Armee
29 erhebliche Möglichkeiten, die bestens als Standortflächen genutzt werden können.

30